

Haigermoser erinnerte zu Beginn der Versammlung an die Geschichte der Postprivatisierung. Bereits im März 1984 wurde von der Regierung eine Kommission angekündigt, die das Post- und Fernmeldewesen reformieren sollte. Am 20. April 1989 verabschiedete dann der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens, das am 01. Juli 1989 in Kraft trat. 229 Abgeordnete stimmten damals dafür, 188 dagegen. So wurden aus der Deutschen Bundespost die drei Unternehmen Postdienst, Postbank und Telekom. Von Anfang an leistete die damalige Deutsche Postgewerkschaft (DPG) erheblichen Widerstand. Als Symbol ging dabei der Hai hervor, der das Schlagwort zierte: „Sichert die Post, rettet das Fernmeldewesen“. So sprach auch der heutige Referent, Klaus Barthel, damals schon bei einer Protestaktion vor dem Postamt in Teisendorf. Bundesweit an alle Haushalte wurde von Gewerkschaftlern die „Bürgerpost“ verteilt, mit einem Artikel über die Poststelle Palling, so dass heute sicher niemand sagen kann, von einer Postprivatisierung hab ich nichts gewusst. Am 29. Juni 1994 wurde dann die so genannte Postreform II im Bundestag verabschiedet. So galt für die Post als geschäftliche Grundlage nun das Aktienrecht. Ab dem 01. Januar 1995 gab es somit ein Post AG, die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Postbank AG. An dieser Stelle sprach Haigermoser auch die Rolle der politischen Mehrheitsverhältnisse in diesen Jahren an, das konservative Regierungsbündnis erreichte bei der Bundestagswahl 1987 53,4 %, 1990 sogar 54,8 %, während sich die SPD von 37 % auf 33,5 % verschlechterte. Klaus Barthel erinnerte deutlich an die Aussagen von CSU-Mandatsträgern zur Postprivatisierung: das sei nur Schwarzmalerei der DPG, frischer Wind schadet den Postbeamten nicht, und, Private kommen doch nie bis ins kleinste Dorf unsere Poststelle ist auf alle Fälle sicher. Alles sei so eingetreten wie es die DPG vorausgesagt hatte und der Prozess sei noch lange nicht abgeschlossen, was besonders auch den Niedriglohnsektor betrifft. Die Triebfeder der Postprivatisierung war klar erkennbar: das Kapital suchte dringend Anlegemöglichkeiten (den USA-Immobilienmarkt gab es noch nicht) und viele Konservative jammerten, die öffentlichen Haushalte wären mit der Post überfordert. Auch die Gewerkschaft, die im Postsektor so erschreckend stark war, könne in der Privatwirtschaft deutlich eingeschränkt werden, so der Wortlaut der Beraterfirma McKinsey damals. Sepp Huber der ehemalige DPG-Landesvorsitzende machte deutlich, dass die Post früher ein modernes Post- und Fernmeldenetz zur Verfügung stellte, den Beschäftigten hohe Sozialstandards und sichere und faire Einkommen garantierte und dass sie die Pensionsleistungen der Beschäftigten immer selber bezahlte. Heute wäre allein die Telekom AG in Traunstein in 15 verschiedene Betriebe zersplittert und die jährlichen Umorganisationen würden eine Unsumme an Vermögen auffressen. Auch habe es von Gewerkschaftsseite immer Vorschläge gegeben, wie man zum Dienstleistungsunternehmen kommen könnte. Barthel mahnte an, dass früher das Postministerium mit 2000 Leuten besetzt war, die aber alle Bereiche regelten. Dies wurde immer als extremer Wasserkopf angesehen, heute gibt es allein bei der Post AG 5000 Personen mit Führungsaufgaben. Die Pensionslasten wurden zu Staatslasten erklärt und belaufen sich inzwischen auf 500 Milliarden Euro. Helmut Haigermoser stellte fest, dass die Privatisierung in keinsten Weise volkswirtschaftlich zu rechtfertigen sei, nicht einmal die Verbilligungen im Telekommunikationsmarkt könne man dem privatem Markt zuschreiben, sie sei nur einfach auch mit der Digitalisierung zusammengefallen, was sowieso niedrigere Preise bedeutet hätte. Würde die Gesellschaft kostenbewusst handeln, müsste längst eine Rechnung aufgestellt werden, was brachte die Postprivatisierung. Dass bei allen weiteren Privatisierungsvorhaben der gleiche Prozess ablaufe erläuterte Klaus Barthel, dies sei besonders krass im Falle der Bildung, bei der Energieversorgung und komme auch im Falle des Wassers auf uns zu.

Klaus Weber: Bei der Post hatten wir kein Vorbild, wie Privatisierung ausgehen könnte, aber heute müssen wir wissen, was der Staat uns bedeutet und auch was er uns wert ist. Auch muss man klar sagen, die Postprivatisierung wurde damals, über die konservativen Mehrheiten, so vom Volk gewählt. Als Beispiel wollte er auch die Berliner S-Bahn anführen, sie sei seit Monaten außer Gefecht, man muss aber auch wissen, sie befindet sich in privater Hand, München habe seine Bahnen nicht privatisiert, auch das habe etwas mit Lebensqualität zu tun. Zu den Beschäftigten, die noch als Beamte bei den Postnachfolgeunternehmen tätig sind, und das sind national immerhin noch etwa 50 %, meinte Weber, gerade sie hätten mit Ihrer Kompetenz die Aktiengesellschaften mit aufgebaut. Heute spreche ein Arbeitsdirektor von einer Beamten-

Endlösung, dabei gehe die letzte Postbeamtin erst im Jahre 2042 in Pension. Gerade die Beförderungsmöglichkeiten hätten sich dramatisch verschlechtert, so müssen man jetzt genau betrachten, wie stellt sich die neue Regierung zum Beamtenrecht auf. Als Beispiel, wie ein Konjunkturprogramm, aussehen sollte, das der Beschäftigungsinitiative dienen könnte, nannte Klaus Weber die Umsetzung eines flächendeckenden Glasfasernetzes, das von der Telekom übernommen werden sollte. Der Bundesbeamtensekretär machte aber auch deutlich, dass die Personal- und Betriebsräte wieder zu den Gewerkschaften stehen müssen. „und die Gewerkschaften wieder zur SPD“ meinte Klaus Barthel, denn was die Linke zum Beispiel zum Telekommunikationsmarkt aussagt, sei reinster Schrott. Als Fazit der Veranstaltung stellte er fest, in unserer Gesellschaft findet ein extremer Endsolidarisierungsprozess statt. Wir müssen realisieren, was haben die Dumpingprozesse für Auswirkungen, für uns persönlich, haben sie Auswirkung auf die Sozialsysteme. Glauben wir, es ginge mir darum besser, weil es anderen schlechter geht?